

Singer schlägt nun vor, den Punkt Maifeier noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Hierzu gehört der Antrag 59.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, rechtfertigt es, wenn ich — ohne weitere Begründung — Sie einfach bitte, unsere vorjährige Resolution einstimmig anzunehmen. In unserer Stellung zur Maifeier hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert. Ich schlage Ihnen daher folgende Resolution vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Ich bitte, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf begründet den Antrag 59. Die Maifeier hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse Ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Westfalens ist von einer Maifeier gar nichts zu hören. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die größte Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Papierschiffe, die auf dem Papier stehen.

Müller-Görlitz ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorfser ein, sondern ist entgegengesetzter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiter kommen. Speziell wir in Schlesien können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der 90er Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen immer stärker geworden, aber gerade das Gegenteil der gegebenen Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Webel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Theil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifeier nicht mehr durch Arbeitsruhe begehen werden. Ich schließe mich der Meinung Wehling's an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Spannlich: Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzuschließen und schließe mich dem Gedankengänge des Vorredners an. Die Maifeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschieren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Be-

schlüssen zu rütteln halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Zumerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Hamburg bittet ebenfalls den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maifeier abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften in Folge der schlechten Verhältnisse die Arbeitsruhe nicht durchführen empfahlen.

Deyer-Leipzig bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Maifeier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher gethan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Maifeier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchführen brauche. Spannkuch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Müller zu, daß die Maifeier in Schlesien selbstverständlich zur Zeit nicht durch Arbeitsruhe zu begehen ist; aber das beweist doch nichts gegen die großen Industriezentren.

Kots-Carlruhe: Die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Maifeier vielfach nicht mehr so genau genommen wird, wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichsten Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst impotente Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, als wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, in ein ganz gewöhnliches Vergnügen ausartet. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin: Tausende von agitatorisch thätigen Personen sind mit mir der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich begreife es mit Freuden, daß hier zum ersten Mal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschnitten wurde. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß aufhören, daß die Gewerkschaften die Konsequenzen der Auslösung dieses Parteitagsbeschlusses durch den Einzelnen ziehen müssen und gezwungen sind, jährlich Tausende Mark auszugeben, die für den Lohnkampf weit besser zu gebrauchen sind. In England kümmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Thatsachen offen besprechen.

Fischer-Berlin erhält das Schlußwort: Der Düsseldorfser Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolution nur platonische Bedeutung hätte und es uns mit dem Gedanken der Arbeitsruhe gar nicht ernst sei. Wie die Dinge heute liegen und namentlich wie hier der Gedanke begründet wird, müssen wir uns auch dagegen wenden, daß die Maifeier-Veranstaltung einfach den Gewerkschaften überlassen werde. Die Maidemonstration ist durch die internationalen Kongreßbeschlüsse mit unserer Zustimmung beschlossen worden; es ist daher für uns ein Gebot der Pflicht gegenüber der internationalen Solidarität, an diesem Akt der Solidarität theilzunehmen. Und wenn jetzt Einzelne die Form der Arbeitsruhe beseitigen wollen, so können wir das nicht durch einen Beschluß des Parteitages, sondern dann müssen wir nächstes Jahr einen solchen Antrag an den internationalen Kongreß in Amsterdam richten. Denn die Erstrebung der Arbeitsruhe und die Unterstützung der Veruche dazu ist 1893 durch den Internationalen Kongreß in Zürich ausdrücklich beschlossen worden. Genosse Wels ist auch im Irrthum, wenn er gegen die Arbeitsruhe sich ausspricht, weil sie durch den Zusatz: „soweit es ohne Opfer möglich ist“ ohnehin unwirksam gemacht sei. Dieser Passus ist in der

Resolution für nicht enthalten, weil wir von jeder den Standpunkt vertreten, die Massedemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kräftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im Uebrigen aber wollen wir die Massedemonstration mit der Kraft und Geschlossenheit begreifen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reich und unserer Verknüpfung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 59 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch. Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Hallmar.

Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Arbeiter-Verband in Genf.

Frau Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegiert worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung liest

Rehner-Hamburg folgende Erklärung ab:

Die Neuherung Auer's vom Montag über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post“ bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Neuherung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer unterzeichnet worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin — hat mich auf dem Saalberkühler Kongress sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe jedoch behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Partei. Döblin hat aber seine Neuherungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gehalten, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblin's protestiert. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Dazu liegen vor die Anträge 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 66a, 69, 72 und 108. Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Berichterstatter Rosenow: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für notwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflochtenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird; es ist die Zolltarif-Vorlage. Von der wichtigsten und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Zolltarif hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich

so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir halten es für eine Misachtung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler zu befragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es nicht brauchen. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitspartei selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Minoritätspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unsere Redefreiheit auch nur im Geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise abhalten lassen, von der Freiheit, Anträge zu stellen und sie zu begründen, Gebrauch zu machen und haben verlust, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Kommission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Prüfung, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie dann mit der Einbringung desselben so lange gezögert? Jahrelang besagte sie alle möglichen kapitalistischen Interessentengruppen, aber die Arbeiter wurden im wirtschaftlichen Anschluß nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Zirkus Busch verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So geriet die Regierung in eine Zwickmühle, den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Monopolisten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verhörterung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Mansch den ganzen Tarif annehmen! Rein, angesichts der Bucherpläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertehrung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der Würst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieerzeugnisse anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse nur einer kleinen Clique innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Zolltarif gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsordner bei der ersten Lesung ausgesprochen hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotwucher haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für die Sozialpolitik. Das zeigte sich schon bei unserer Nothstandsinterpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session gethan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergestimmt worden, wie hier. Wir stimmten deshalb auch in der Schlussabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter verathen worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schäiden aus reinem Uebermuth ihre Kinder zur Erwerbsarbeit. Es ist aber nur die bittere Noth, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen